



Hannu Turba

## ‘Doing Social Problems’ zwischen Etikettierung und Etikettenschwindel

Befunde aus Kinderschutz und Wohnungsnotfallhilfe

### 1. Einleitung

Das im vorliegenden Schwerpunktheft fokussierte Etikettierungs-Ressourcen-Dilemma verweist auf den Umstand, dass viele soziale Dienstleistungen oder sozialstaatliche Transferleistungen an die Voraussetzung bestimmter Problemdiagnosen geknüpft sind, welche die Bedürftigkeit von Adressat:innen ex ante feststellen. Zugleich wird beobachtet, dass daraus folgende Etikettierungen für die davon Betroffenen (i.d.R. negative) Konsequenzen haben, indem sie deren Selbstbild, Perspektiven und weitere Schritte organisierter Problembearbeitung prägen. Dabei gilt es zu berücksichtigen, dass häufig ein komplexes Ensemble verschiedener Instanzen der Problemdiagnose involviert ist, so dass gleichzeitig mehrere Etiketten in der Welt sind, welche Adressat:innen angeheftet werden können. Zugleich werden Etikettierungen auf verschiedenen Ebenen vorgenommen und ausgehandelt: in direkter Interaktion mit Adressat:innen in Behörden und Organisationen sozialer Hilfe, im Vollzug formeller und informeller Regeln und Routinen dieser Instanzen, in öffentlich-medialen und fachspezifischen Diskursen sowie in der konkreten Politikformulierung. Etikettierungen und deren Darstellung können sich auf diesen Ebenen unterscheiden oder sogar mehr oder weniger bewusst voneinander entkoppelt werden. Dies ist z.B. dann der Fall, wenn formale Bemühungen um Etikettierungsverzicht mit informellen oder versteckten Etikettierungen auf der Mikroebene einhergehen, was man als eine Art *Etikettenschwindel* deuten könnte. Ähnlich verhält es sich (mit umgekehrtem Vorzeichen), wenn sich Fachkräfte vor Ort bemühen, trotz stigmatisierender Programme möglichst stigmatisierungsfrei an der Seite ihrer Adressat:innen zu wirken.

Eine Perspektive auf Prozesse der organisierten Problemdeutung und -bearbeitung im Sinne eines „Doing Social Problems“ (Groenemeyer 2010) erlaubt es, die zuvor genannten Aspekte im Verbund zu betrachten: Wie wird durch die auf verschiedenen Ebenen beteiligten Instanzen und Akteur:innen mit der gegebenen Vielfalt an Etiketten umgegangen? Konkret werden zwei Handlungs- bzw. Politikfelder fokussiert: Kinderschutz und Wohnungsnotfallhilfe. Kinderschutz ist im Kern Teil der Kinder- und Jugendhilfe, folgt aber innerhalb dessen einem spezifischen Auftrag und bewegt sich zudem in einem (zunehmend) multiprofessionellen Umfeld. Letzteres gilt auch für die Wohnungsnotfallhilfe, hier verstanden als Sammelbegriff für Hilfen bei (drohender) Wohnungs- oder Obdachlosigkeit. Beide Felder eignen sich in besonderer Weise für die Betrachtung von Etikettierungen unter Bedingungen institutioneller Komplexität, repräsentiert durch ein pluralistisches Ensemble beteiligter Organisationen und Professionen, damit verbundene unterschiedliche Logiken der Problembearbeitung sowie eine entsprechende Vielfalt an verfügbaren Etiketten.

## 2. Etikettierungen als Spielball multipler Kräfte

Etikettierungen erwachsen sowohl aus institutionalisierten Normen und Regeln als auch aus der Kategorisierungspraxis in direkter Interaktion mit Adressat:innen, wobei diese beiden Ebenen wechselseitig aufeinander bezogen sind. Für eine solche Perspektive gibt es verschiedene Referenzen in der sozialwissenschaftlichen Literatur, welche zugleich zentrale Gedanken des klassischen Etikettierungsansatzes (vgl. dazu Becker 1963) widerspiegeln. Zu nennen ist hier z.B. die Vorstellung einer „street level bureaucracy“, nach der Fachkräfte vor Ort (z.B. Sozialarbeiter:innen, Polizist:innen oder Lehrer:innen) hohe Ermessensspielräume bei der Kategorisierung von Adressat:innen besitzen, was gravierende Folgen für das Selbstbild und die Zukunft der Betroffenen haben kann und zugleich die Politik eines Feldes entscheidend prägt (Lipsky 2010). Ähnliches legt ein Verständnis von sozialen Dienstleistungen als „people processing“ und „moral work“ nahe (Hasenfeld 2010). Auch die Perspektive des „Doing Social Problems“, wie sie in Anlehnung an die US-amerikanische Problemsoziologie formuliert worden ist (Groenemeyer 2010), fokussiert Instanzen der Problembearbeitung, die in ihrer täglichen Praxis Probleme diagnostizieren, Personen oder Gruppen zuordnen und damit Maßstäbe für den weiteren Verlauf im Einzelfall, aber auch darüber hinaus, setzen. Hier vollzogene Prozesse der Kategorisierung und Etikettierung lassen sich demnach gleichermaßen als „Arbeit an Menschen“ wie als „Arbeit an Institutionen“ verstehen (vgl. Turba 2020). Etiketten sind in

gewissem Rahmen institutionell – z.B. durch sozialpolitische Normierungen – vorgefertigt, zugleich aber werden sie durch diejenigen mitgestaltet, die vor Ort von ihnen Gebrauch machen.

Im Theorieprogramm des soziologischen Neo-Institutionalismus wird – unter der Chiffre „institutional work“ – ebenfalls diskutiert, in welcher Weise Akteur:innen auf der Mikroebene an der Konsolidierung oder Modifikation von Institutionen (mit)arbeiten (Smets/Jarabkowski 2013). Für die Kinder- und Jugendhilfe wie für viele andere Felder ist dabei entscheidend, dass diese durch unterschiedliche bzw. widersprüchliche Logiken bestimmt werden, deren Koexistenz bzw. ungeordnetes Ineinandergreifen zu dem führt, was im fraglichen Programm als „institutionelle Komplexität“ gefasst wird (ebd.; Greenwood et al. 2011). Diese Komplexität betrifft nicht zuletzt das Neben-, Mit- und Gegenüber unterschiedlicher Problemkonstruktionen (inklusive entsprechender Etikettierungen), welches wesentlich durch die Vielfalt beteiligter Organisationen und Akteur:innen getragen wird, die diese Konstruktionen vornehmen und damit potenziell Akzente für das institutionelle Repertoire auf der Makroebene setzen. Zugleich werden Etikettierungen auch auf dieser Ebene zum Spielball multipler Kräfte (z.B. aus Politik, Wissenschaft oder Wirtschaft), die Einfluss auf als legitim geltende Deutungen nehmen und versuchen, das Spielfeld entsprechend zu strukturieren. Solche Prozesse werden im Weiteren im Rahmen einer kleinen empirischen Spurensuche anhand der Beispiele Kinderschutz und Wohnungsnotfallhilfe illustriert.

## 3. Beispiel Kinderschutz

Das Organisationsfeld Kinderschutz stellt ein Paradebeispiel für institutionelle Komplexität dar, wobei sich diese Komplexität durch die Beteiligung einer zunehmenden Zahl unterschiedlicher Professionen und Organisationen in den letzten Jahren weiter verschärft hat (vgl. Turba 2025). Dementsprechend gibt es ein hohes Potenzial für Etikettierungen unterschiedlichster Art: Neben dem „Master-Etikett Kindeswohlgefährdung“ (Redaktion Widersprüche 2019: 7) handelt es sich dabei z.B. um medizinische Diagnosen oder Straftatbestände. Während Kindeswohlgefährdung einen unbestimmten Rechtsbegriff darstellt (also etwas, das in der Praxis immer wieder der Auslegung bedarf), geistern im Feld diverse andere diffuse Begriffe herum, welche wohlgermerkt gar keine Rechtsbegriffe sind, sondern im Zuge eines Wechselspiels aus Praxis, Wissenschaft und politisch-öffentlichen Diskursen Karriere gemacht haben, so z.B. „Multiproblemfamilien“ (vgl. Herwig-Lempp 2001), „Risikokinder“ (Betz und Bischoff 2013) oder

„Systemsprenger“ (Peters 2020: 114 f.). Solche unmittelbar auf Personen (gruppen) bezogene Etiketten haben phasenweise einen gewissen Institutionalierungsgrad erreicht, sind aber typischerweise umstritten und deshalb Gegenstand erhitzter Debatten um denkbare Alternativbegriffe. Auch andere diffuse Problemzuschreibungen wie „Überforderung der Eltern“ oder „Beziehungsprobleme“ haben formellen Charakter erlangt, wie ihre Verwendung im Rahmen der offiziellen Jugendamtsstatistik zeigt. Ein Blick in die Forschung zu Adressierungen und Kategorisierungen offenbart, dass auf informeller Ebene diverse Etiketten hinzu kommen (vgl. z.B. Alberth 2020; Sehmer 2025; mit Blick auf die Polizei: Turba 2018: 273 ff.). Viele Etiketten emergieren also „bottom-up“ aus der Praxis und sind insofern keineswegs immer „von oben entwickelt“ (vgl. Redaktion Widersprüche 2019: 34). Parallele „top-down“ Prozesse beruhen z.T. auf Beobachtungen von Praxis, folgen zuweilen aber auch ganz anderen Rationalitäten. Dies betrifft z.B. Verfahren der standardisierten Risikoeinschätzung und Dokumentation, durch die eine „gemeinsame Sprache“ über Bereichsgrenzen hinweg entwickelt werden soll (vgl. White et al. 2009). Angesichts dessen sehen manche „die Gefahr, dass sich die mit Dokumentation verbundenen Zuschreibungen und Etikettierungen verselbständigen und wirkmächtig werden“ (Ley/Seelmeyer 2014: 55) und Soziale Arbeit gegenüber anderen beteiligten Berufsgruppen an Bedeutung verlieren könnte (vgl. Redaktion Widersprüche 2019: 7). Allerdings gibt es gerade mit Blick auf Risikoeinschätzungsinstrumente Hinweise auf eine eigensinnige Nutzung durch Fachkräfte, wobei offizielle Etikettierungen unterlaufen oder modifiziert werden (vgl. Ackermann 2021). Somit ist die Institutionalisierung bestimmter Zuschreibungen wiederum als Ergebnis eines Wechselspiels zwischen Mikro- und Makroebene zu verstehen.

Das Etikettierungs-Ressourcen-Dilemma zeigt sich im Kinderschutz vor allem in Form eines Spannungsfelds zwischen der Identifizierung von Hilfebedarfen (auch jenseits konkreter Gefährdungen) und dem Risiko, bei Adressat:innen (Kindern und Eltern) Ängste und Abwehrreaktionen angesichts potenzieller Interventionen zu evozieren. Nicht zuletzt deshalb sind manche politische und fachliche Initiativen der letzten Jahre von der Idee beseelt, formale Etikettierungen nach Möglichkeit zu vermeiden und damit bedingungsloser und adressat:innenorientierter Hilfe zu gewährleisten. Dies betraf in den letzten Jahren z.B. den Bereich der Frühen Hilfen. Teilweise scheinen dabei jedoch offizielle Maximen und praktische Implikationen auseinanderzuklaffen. Hier sind etwa die Familienhebammen zu erwähnen, welche seit dem Bundeskinderschutzgesetz 2012 verstärkt in Prozesse des Kinderschutzes eingebunden worden sind (vgl. dazu Eisentraut/Turba 2013). Obwohl entsprechende Projekte insofern *auch*

auf das Thema Kindeswohlgefährdung abzielten, sind sie vielfach als Teil lokaler Gesundheitsförderung deklariert worden. Unter dieser Überschrift wurde Wert darauf gelegt, das freiwillige Angebot grundsätzlich *allen* Eltern zu unterbreiten, um sich so gegenüber „stigmatisierenden“ Ansätzen abzugrenzen, die lediglich bestimmte Milieus adressieren. Gleichwohl bestand der Hintergedanke, im Rahmen der lokalen Verankerung (z.B. in städtischen Hochhaussiedlungen) insbesondere als gefährdet etikettierte Familien anzusprechen und diese gegebenenfalls an das Jugendamt weiter zu vermitteln. Generell sind Formen der institutionalisierten Entwicklungsbeobachtung und sogenannte „soziale Frühwarnsysteme“, angefangen mit der ersten pädiatrischen Diagnostik, nicht frei von Etikettierungen, sondern in ihrer Bezugnahme auf „kulturelle Normen kindlicher Entwicklung“ als Auftakt weiterer Kategorisierungsprozesse zu verstehen (Kelle 2010). Empirische Studien deuten darauf hin, dass bestimmte Angebote der Frühen Hilfen von Adressat:innen durchaus als „Druck“ empfunden werden, was gerade für psychosozial belastete Familien eine Barriere darstellen und Zugänge künftig erschweren kann (Hippmann et al. 2022). Noch einen Schritt weiter geht Bruno Hildenbrand, wenn er in seiner kritischen Abrechnung mit den Frühen Hilfen von „Generalverdacht“ und „Reziprozitätsverweigerung“ gegenüber Adressat:innen spricht (Hildenbrand 2014). Auch wenn man diese Generalkritik nicht teilen mag, scheint doch offensichtlich, dass Worte und Taten im Kinderschutz zuweilen in unterschiedliche Richtungen weisen. So wird auf rhetorischem Wege versucht, formale Etikettierungsvermeidung und Partizipationsdenken zu demonstrieren, während die Praxis dies vor Ort nur begrenzt einlösen kann oder tatsächlich andere Motive ausschlaggebend sind. Dies spräche dann nicht für Etikettierungsverzicht, sondern vielmehr für Etikettenschwindel (dazu unten mehr).

#### 4. Beispiel Wohnungsnotfallhilfe

Auch Interventionen, die auf den Bereich der Wohnungs- bzw. Obdachlosigkeit bezogen sind, gehen mit zahlreichen formellen und informellen Etikettierungen einher. Im öffentlichen Raum gelten Betroffene vielfach als „Störer:innen“ und im Kontext der organisierten Problembearbeitung als „inadäquate Adressat:innen“, während sie gleichzeitig als lukrative „Wohnungsmarktsobjekte“ ausfallen (vgl. Sowa et al. 2024; Heinrich et al. 2022: 48 f.). Insofern sind sie – sei es als „gefährliche“ oder „hilfsbedürftige Andere“ – in vielerlei Hinsicht von „Othring“ betroffen und blicken oft auf lange Biografien der Etikettierung und Ausgrenzung zurück, was Vertrauensverluste gegenüber helfenden Instanzen sowie Tendenzen der Nichtinanspruchnahme begünstigen kann (ebd.; mit Blick auf junge

Menschen: Clark 2019). Hinzu kommt, dass die deutsche Wohnungsnotfallhilfe traditionell einem „Stufenmodell“ folgt, so dass Wohnungslose zunächst verschiedene andere Anforderungen (z.B. Abstinenz von Suchtmitteln, Bewährung in unterstützten Wohnformen) erfüllen müssen, um sich als „wohnfähig“ zu erweisen und so am Ende eines langen Prozesses die Chance auf eine „normale“ Wohnung zu erhalten (vgl. Sowa et al. 2024). Insofern ist die „Wohnfähigkeit“ – obwohl dies wohlgekannt kein Rechtsbegriff ist – als institutionalisiertes Etikett von besonderer Bedeutung für die Kategorisierungspraxis. Hier besteht im Übrigen ein spezifisches Etikettierungs-Ressourcen-Dilemma: Denn während „Wohnfähigkeit“ einerseits als Voraussetzung für selbstbestimmtes Wohnen gilt, muss sie andererseits regelmäßig *infrage* gestellt werden, um überhaupt Hilfen aufgrund von „besonderen sozialen Schwierigkeiten“ (§ 67 SGB XII) gewähren zu können (Marquardt 2015: 183).

Eine radikale Umkehr des besagten „Stufenmodells“ stellt das international und jüngst auch in Deutschland prominent gewordene Konzept „Housing First“ dar. Ursprünglich geht dies auf eine Idee aus der Praxis zurück, welche in den 1990er Jahren in New York entstanden ist. Das Konzept sieht vor, dass der Prozess der Wohnungsvermittlung möglichst zügig, bedingungslos und „stigmafrei“ erfolgt, daran anschließende Hilfsangebote sind ausdrücklich freiwillig. Insofern handelt es sich um ein Paradebeispiel für die Absicht der Etikettierungsvermeidung im o.g. Sinn: Der Ressourceneinsatz scheint – zumindest auf den ersten Blick – entkoppelt von Kategorisierungsprozessen, damit verbundene Etikettierungen als Person, die sich erst als der Hilfe würdig („wohnfähig“) erweisen muss, sollen entfallen bzw. zugunsten eines Gefühls der Selbstwirksamkeit aufgebrochen werden, um so die persönlichen Ressourcen der Betroffenen zu schonen bzw. idealerweise aktiv zu fördern. Mit dieser Agenda stellt Housing First selbst ein populäres Etikett dar, das im Rahmen lokaler Strukturen der Wohnungsnotfallhilfe als Innovationstreiber und Vehikel praktischer Vernetzung dienen kann – gerade weil es mit diesen Strukturen und bestimmten dahinterliegenden Ideen ausdrücklich bricht (vgl. Gerull 2023). Aus etikettierungssensibler Perspektive scheint das Konzept zudem deshalb besonders aussichtsreich, da ein entscheidender Faktor für Benachteiligung am Wohnungsmarkt erwiesenermaßen Wohnungslosigkeit selbst ist (vgl. dazu Gille et al. 2024: 32 ff.).

International steckt Housing First als Konzept mittlerweile allerdings vielerorts in Schwierigkeiten, in seiner „Heimatstadt“ New York gilt es aktuell sogar als faktisch gescheitert (vgl. Heim 2025). Auch in Deutschland fehlt es vielerorts an einer verlässlichen, dauerhaften Finanzierung sowie vor allem an verfügbarem Wohnraum. Angesichts begrenzter Kapazitäten gibt es gezwungenermaßen

eine hohe Selektivität im Vermittlungsprozess, wobei damit verbundene lange Wartezeiten den Erfolg der Maßnahme gefährden, indem sie hohe Ansprüche an Betroffene stellen. Trotz der erklärten Zielsetzung bedingungsloser Hilfe gibt es also Hinweise auf Selektionen – vor dem Hintergrund der attestierten „Wohnfähigkeit“ (Sowa et al. 2024: 29 f.) bzw. anderer Kriterien wie der „Vulnerabilität“ von Adressat:innen (2019) oder der „Chronizität“ von Wohnungslosigkeit (Baker/Evans 2016), wobei solche Zuschreibungen stets von einer Mischung aus organisationalen Vorgaben und von Fachkräften transportierten kulturellen Erwartungen geprägt sind. Erschwerend kommt hinzu, dass sich die Einpassung in bestehende Strukturen der Wohnungsnotfallhilfe nicht zuletzt aufgrund von Vorbehalten alteingesessener Instanzen mancherorts schwierig gestaltet (vgl. Bode/Turba 2025). Die Verfasstheit im Rahmen von Modellprojekten – obwohl die Wirksamkeit des Ansatzes international als belegt gilt – weckt darüber hinaus Zweifel an der Ernsthaftigkeit des Vorhabens. So steht letztlich der Vorwurf einer „symbolischen Politik“ im Raum (vgl. Nagel 2024), bei der in erster Linie Handlungsbereitschaft demonstriert wird, während an entscheidenden Stellen Kapazitäten fehlen und sich die Situation wohnungsloser Menschen insgesamt weiter verschlechtert – dies spräche dann wiederum für die These eines Etikettenschwindels.

## 5. ‘Doing Social Problems’ zwischen Etikettierung und Etikettenschwindel

Tendenzen des Auseinanderklaffens von Worten und Taten, wie sie zuvor beschrieben wurden, werden im soziologischen Neo-Institutionalismus traditionell unter dem Begriff „Entkopplung“ gefasst. Im Zusammenhang mit institutioneller Komplexität werden dabei insbesondere die Langzeitfolgen einer solchen Entkopplung kontrovers diskutiert (vgl. Greenwood et al. 2011: 350). So ist denkbar, dass Organisationen ihr doppeltes Spiel irgendwann aufgeben und zu einem „business as usual“ zurückkehren (müssen) oder aber, dass das, was zunächst lediglich als Fassade nach außen vermittelt wird, schließlich Einzug in das Kerngeschäft von Organisationen hält (ebd.). Tritt weder das eine noch das andere ein, bleibt es bei einem dauerhaften „Etikettenschwindel“, wie er auch in anderen Bereichen beobachtet wird (vgl. z.B. zu „Inklusion“ Dollase 2014 oder zu „Verhaltensauffälligkeit“ Emlein 2018). Wenn Etiketten zunehmend „durch Euphemismen ersetzt [werden], wobei der Zweck der Verdinglichung, das den anderen ‘als Objekt präpariert’ zugleich erhalten und verschleiert wird“ (Redaktion Widersprüche 2019: 6), spricht dies für den altbekannten Befund,

dass schöne Worte die Wahrscheinlichkeit, dass diesen Worten Taten folgen, eher verringern als erhöhen (vgl. Brunsson 2006). Ein Etikettenschwindel in Gestalt von Konzepten, die Etikettierungsabbau versprechen, aber in der Praxis ins Leere laufen oder nur alten Wein in neuen Schläuchen darstellen, dürfte insofern vor allem dem gängigen Vorgehen Legitimität verschaffen oder sogar Argumente für diejenigen Kräfte in der Gesellschaft liefern, die sich anschicken, zusammen mit dem (vordergründigen) Wegfall von Etiketten gleich das Problem an sich zu negieren. Diese Lesart bietet Reflexionspotenzial auch für die „konkrete Utopie“ einer „bedingungslosen Jugendhilfe“ (vgl. dazu Thalheim 2021).

Letztlich ist die Frage entscheidend, wie institutionalisierte Etiketten vor Ort tatsächlich gehandhabt werden und welche Organisationen, Berufs- oder Interessengruppen in der Lage sind, ihre darauf bezogenen Vorstellungen erfolgreich zu platzieren. Wenn der Sozialen Arbeit gegenwärtig eine Abkehr vom traditionellen Programm der Etikettierungsvermeidung und eine Tendenz zu – weniger „sanfter“ – Kontrolle und Konfrontation attestiert wird (vgl. Kühne et al. 2017) oder beobachtet wird, dass sich Etiketten von Ordnungsbehörden auf die Jugendhilfe übertragen (vgl. Clark et al. 2022), während sich die Polizei umgekehrt der Jugendhilfe annähert und zugleich mit eigenen Etiketten hausieren geht (vgl. Turba 2018), weist jedenfalls vieles auf Grenzverschiebungen, Entgrenzungen und neue Abgrenzungen hin. Unter Bedingungen institutioneller Komplexität bleibt es so oder so kompliziert. Solange sich Ideen wie „Housing First“ oder „bedingungslose Jugendhilfe“ in ihrer Eigenschaft als „provocative regulatory signifiers“ (vgl. Baker/Evans 2016: 37) nicht als generell handlungsleitend in einem Hilfesystem durchsetzen und andere Etikettierungen parallel fortbestehen, steht zu befürchten, dass Bedingungslosigkeit und Etikettierungsverzicht letztlich Symbolpolitik bleiben. Im Kinderschutz gilt es zu berücksichtigen, dass ein relativ hoher Anteil der Meldungen an die Jugendhilfe durch die Polizei erfolgt, Adressat:innen dementsprechend schon Kontakt zu (anderen) organisierten Instanzen hatten und vielfach bereits Etikettierungsprozesse stattgefunden haben (vgl. Turba 2018: 209 ff.). Analog ist „Housing First“ selten die erste Anlaufstelle für wohnungslose Menschen, vielmehr haben diese oft regelrechte Odysseen hinter sich, mit punktuellen Kontakten zu diversen Instanzen und hochgradig improvisierten, häufig erratischen Versuchen, akute Wohnungsnot oder andere schwierige Lebenslagen zu überwinden. Viele sind daher in hohem Maße desillusioniert (Heinrich et al. 2022). In beiden Bereichen ist also wahrscheinlich, dass zu einem gegebenen Zeitpunkt der Kontaktaufnahme bereits diverse Etiketten angeklebt worden sind, so dass Maßnahmen, die gezielt auf Etikettierungsverzicht setzen, potenziell ins Leere laufen. Die komplexe Architektur der Organisationsfelder,

in denen ein Pluralismus unsystematisch zusammenwirkender Instanzen mit je eigenen Etikettierungsroutrinen institutionalisiert ist, entfaltet hier nachhaltige Wirkungen (vgl. Bode/Turba 2025).

Schließlich gilt es zu bedenken: Instanzen organisierter Hilfe und Kontrolle mögen ihren Teil dazu beitragen, dass Etikettierungen perpetuiert und konsolidiert werden. Doch letztlich scheint das Etikettierungsproblem nicht allein durch Reformen des „Hilfesystems“ lösbar, sondern berührt grundlegende gesellschaftliche Fragen. Denn Etikettierungen erwachsen nicht nur aus Kontakten mit diesem System, sondern entfalten ihre Wirkung auf verschiedenen Wegen: z.B. im Zuge öffentlicher Debatten, in persönlichen Netzwerken, im Verlauf von Biografien erworben und in Individuen internalisiert (vgl. Link et al. 1989). Zugleich produziert die geltende Gesellschaftsordnung systematisch Ungleichheit und Prekarität. Ressourcen (z.B. Wohnraum, der Sicherheit bietet; Einkommen, das sorglose Kindererziehung ermöglicht; Bildung, die nachhaltige Chancen eröffnet) werden vermehrt nach dem Marktprinzip verteilt und wohlfahrtsstaatliche Leistungen eben nur unter bestimmten Bedingungen gewährt – auch insofern bleiben Etikettierungen also stets im Spiel. Angesichts dessen können sich Wissenschaftler:innen vieles am Schreibtisch ausdenken und Praktiker:innen vieles vor Ort zurecht improvisieren – ohne breite politische Unterstützung und einen grundlegenden sozialen Wandel bleibt Etikettierungsverzicht im Bereich der Utopie. Ein Etikettenschwindel, bei dem Etikettierungen nur symbolisch reduziert und zugleich manifeste Problemlagen ausgeblendet werden, dürfte dabei eher den Status Quo zementieren als nachhaltigen Wandel in eine Richtung vorantreiben, bei der soziale Hilfe nach Möglichkeit weniger „Stigma“ und mehr „Leistung“ transportiert. Gelingt es dagegen, die schönen Worte im Rahmen des „Doing Social Problems“ vor Ort – als konstruktiv-problemorientierte Hilfestellung an der Seite von Adressat:innen – in die Tat umzusetzen, war das Reden über einen solchen Wandel am Ende vielleicht doch nicht ganz vergebens.

### Literatur

- Ackermann, Timo 2021: Risikoeinschätzungsinstrumente und professionelles Handeln im Kinderschutz. In: Sozial Extra 45: 42-48
- Alberth, Lars 2020: The rhetorical idiom of unreason. On labeling in child protection. In: Bühler-Niederberger, Doris/Alberth, Lars (Hrsg.): Victim, perpetrator, or what else? Generational and gender perspectives in children, youth, and violence. Bingley: 17-32
- Baker, Tom/Evans, Joshua 2016: ‘Housing First’ and the changing terrains of homeless governance. In: Geography Compass 10: 25-41
- Becker, Howard S. 1963: Outsiders. Studies in the Sociology of Deviance. New York

- Betz, Tanja/Bischoff, Stefanie 2013: Risikokind und Risiko Kind. Konstruktionen von Risiken in politischen Berichten. In: Kelle, Helga/Mierendorff, Johanna (Hrsg.): Normierung und Normalisierung der Kindheit. Weinheim und Basel: 60-81
- Bode, Ingo/Turba, Hannu 2025: Wohlfahrtspluralismus in der Kommunalen Sozialpolitik – Architektur und Funktionsprobleme am Beispiel der Wohnungslosenhilfe. In: Brettschneider, Antonio/Grohs, Steffen/Jehles, Nora (Hrsg.): Handbuch Kommunale Sozialpolitik. Wiesbaden: 1-16
- Brunsson, Nils 2006: The Organization of Hypocrisy: Talk, Decision, and Actions in Organizations. Kopenhagen
- Clark, Zoë 2019: Straßensozialarbeit. In: Sozialmagazin 8/2019: 91-96
- Clark, Zoë/Fritz, Fabian/Inhoffen, Caroline/Kohlschmidt, Jonas 2022: Grenzverschiebungen: Zum Verhältnis von Heimerziehung, Flucht und Polizei in Deutschland. In: Swiss Journal of Sociology 48: 553-570
- Dollase, Rainer 2014: Wie wird die schönste pädagogische Vision Wirklichkeit? Grenzen und Möglichkeiten der Inklusion. In: Profil, Juli-August 2014: 20-24
- Eisentraut, Steffen/Turba, Hannu 2013: Norm(alis)ierung im Kinderschutz. Am Beispiel von Familienhebammen und Sozialpädagogischen FamilienhelferInnen. In: Kelle, Helga, und Johanna Mierendorff (Hrsg.): Normierung und Normalisierung der Kindheit. Weinheim/Basel: 82-98
- Emlin, Günther 2018: Etiketten-Schwindel. Zur Dekonstruktion von „Verhaltensauffälligkeit“. In: Zeitschrift für systemische Therapie und Beratung, 1/2018: 3-11
- Gerull, Susanne 2023: Support Processes in the Housing First Approach – a Paradigm Shift in Social Work. In: European Journal of Homelessness, 17: 75-86
- Gille, Christoph/Liesendahl, Arnd/Müller, Michael/van Rießen, Anne 2024: Zugang verweigert: Barrieren und Diskriminierung wohnungsloser Menschen am Wohnungsmarkt. Düsseldorf
- Greenwood, Royston/Raynard, Mia/Kodeih, Fara/Micelotta, Evelyn/Lounsbury, Michael 2011: Institutional Complexity and Organizational Responses. In: The Academy of Management Annals, 5: 317-371
- Groenemeyer, Axel 2010: Doing Social Problems – Doing Social Control. In: ders. (Hrsg.): Doing Social Problems. Mikroanalysen der Konstruktion sozialer Probleme und sozialer Kontrolle in institutionellen Kontexten. Wiesbaden: 13-56
- Hasenfeld, Yeheskel 2010: The Attributes of Human Service Organization. In: ders. (Hrsg.): Human Services as Complex Organizations. Thousand Oaks: 9-32
- Heim, Manuela 2025: Eine moralische Verletzung. In: wochentaz, 04.–10.01.2025: 8-9
- Heinrich, Marco/Heinzelmann, Frieda/Kress, Georgina/Sowa, Frank 2022: Othering von wohnungslosen Menschen. In: Zeitschrift für Gemeinwirtschaft und Gemeinwohl, 45: 45-57
- Herwig-Lempp, Johannes 2001: Stich-Wort Multiproblemfamilie. In: Kontext, 32: 160-161
- Hildenbrand, Bruno 2014: Frühe Hilfen aus soziologischer Sicht. In: Kontext, 45: 295-310

- Hippmann, Franzisca/Jürgensen, Martina/Cytera, Chirine/Thyen, Ute 2022: „So unter Druck gesetzt zu werden, das hab ich nicht gedacht.“ Fördernde und hemmende Einflüsse auf Zugangswege zu den Frühen Hilfen aus Sicht der Eltern. In: Zeitschrift für Geburtshilfe und Neonatologie, 226: 333-338
- Kelle, Helga (Hrsg.) 2010: Kinder unter Beobachtung: Kulturanalytische Studien zur pädiatrischen Entwicklungsdiagnostik. Leverkusen
- Kühne, Sylvia/Schlepper, Christina/Wehrheim, Jan 2017: „Die sanften Kontrolleure“ (Helge Peters and Helga Cremer-Schäfer 1975) revisited. In: Soziale Passagen, 9: 329-344
- Ley, Thomas/Seelmeyer, Udo 2014: Dokumentation zwischen Legitimation, Steuerung und professioneller Selbstvergewisserung. In: Sozial Extra, 38: 51-55
- Link, Bruce/Cullen, Francis/Struening, Elmer/Shrout, Patrick/Dohrenwend, Bruce 1989: A modified labeling theory approach to mental disorders: An empirical assessment. In: American sociological review, 54: 400-423
- Lipsky, Michael 2010 (1980): Street-level Bureaucracy. Dilemmas of the Individual in Public Services. New York
- Marquardt, Nadine 2015: Das Regieren von Emotionen in Räumen des betreuten Wohnens. Geographica Helvetica, 70: 175-184
- Nagel, Stephan 2024: Nationaler Aktionsplan Wohnungslosigkeit – Ausdruck symbolischer Politik oder Beginn einer Trendwende in der Bekämpfung von Wohnungslosigkeit? In: wohnungslos, 4/24: 132-134
- Osborne, Melissa 2019: Who gets „Housing First“? Determining Eligibility in an Era of Housing First Homelessness. In: Journal of Contemporary Ethnography, 48: 402-428
- Peters, Friedhelm 2020: Der Konstruktionsprozess der „Schwierigen“ – das Beispiel der sogenannten „Systemsprenger\*innen“. In: Forum Erziehungshilfen, 26: 113-116
- Schmer, Julian 2025: Sozialpädagogische Subjekt- und Adressierungspraktiken: Ein Ansatz zur Konturierung der ethisch-normativen Ordnungen sozialpädagogischer Praxen. Wiesbaden
- Smets, Michael/Jarzabkowski, Paula 2013: Reconstructing institutional complexity in practice: A relational model of institutional work and complexity. In: Human relations, 66: 1279-1309
- Sowa, Frank/Sellner, Nora/Tissot, Anna 2024: Lokale Hilfesysteme für wohnungslose Menschen im Wandel. Nürnberg
- Thalheim, Vinzenz 2021: Bedingungslosigkeit. Zur konkreten Utopie einer solidarischen Jugendhilfe. In: Hill, Marc, und Caroline Schmitt: Solidarität in Bewegung. Neue Felder für die Soziale Arbeit. Baltmannsweiler: 244-261
- Turba, Hannu 2018: Die Polizei im Kinderschutz: Zur Verarbeitung institutioneller Komplexität in hybriden Berufswelten. Wiesbaden
- 2020: Sozialpolitik als Problemarbeit an Menschen und an Institutionen. In: Soziale Probleme, 31: 123-140

- 2025: Kindeswohl und Kindeswohlgefährdung. In: Althoff, Martina/Bereswill, Mechtild/Neuber, Anke (Hrsg.): Handbuch Soziale Probleme. Wiesbaden: 1-16
- White, Sue/Hall, Chris/Peckover, Sue 2009: The descriptive tyranny of the common assessment framework: Technologies of categorization and professional practice in child welfare. In: British journal of social work, 39: 1197-1217
- Redaktion Widersprüche 2019: Die Macht von Bezeichnungen. Zur Aktualität von Etikettierungstheorien. Jg. 39, Heft 153

Hannu Turba

E-Mail: [h.turba@uni-kassel.de](mailto:h.turba@uni-kassel.de)

VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOT

Neuerscheinung



Jana Kavermann

### Vom Klassenkampf zum Kampf um Klasse

2025 – 246 Seiten – ca. 28,00 € – ISBN 978-3-89691-143-8

Für Bibliotheken auch als Ebook-Campuslizenz zu bestellen:

EBook-ISBN 978-3-98634-197-8

Eine Untersuchung der Potenziale von *Klasse* für die Soziale Arbeit auf der Grundlage der Fachzeitschriften *Neue Praxis* und *Widersprüche* über fünf Jahrzehnte hinweg.

